

STuRA-

OSTDEUTSCHES MODELL STUDENTISCHER INTERESSENVERTRETUNG

Am 9. November 1989 konstituierte sich nach dreiwöchiger Vorbereitungszeit an der (damals Karl-Marx-)Universität Leipzig der erste StudentInnenRat der (damals) DDR. Vorgegangen waren informelle Treffen kleinerer Aktivistengruppen, lebhafte und von der Uni-Parteileitung argwöhnisch beäugte Hearings, Versuche der Sabotage der Aktivitäten durch FDJ-treue StudentInnen, eine Seminargruppen-sprecher-VV und die Wahlen von FachschaftssprecherInnen.

Bis dahin hatte das studentische Vertretungsmonopol die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ), also hauptamtliche Funktionäre. Deren Vertretung der StudentInnenschaft ging oft genug an den tatsächlichen Interessenlagen der Studierenden vorbei. Sie war geprägt durch politische und ideologische Vorgaben, durch das Streben nach Einvernehmen mit der Uni-Parteileitung sowie Rektorat, und sie konnte selbst bei gutem Willen einzelner Funktionäre den administrativ und durch das Selbstverständnis als „Kampfbereitschaft der Partei“ gesetzten Rahmen kaum durchbrechen.

Auch an den anderen großen Hochschulen der damaligen DDR (und später dann ebenfalls an den kleineren) bildeten sich zu dieser Zeit ähnliche Initiativen zur Bildung einer unabhängigen StudentInnenvertretung. Überall wurde als Ausgangspunkt gesetzt: Studentische Interessen sollen künftig durch Studierende vertreten werden - und also nicht durch (z. B. FDJ-)Funktionäre. Die Negation bestimmte anfangs die Positionen: Gründungspapiere und Satzungen wurden vor allem in dezidiert abgegrenzter Form von der FDJ formuliert. Besonderer Gegenstand der Kritik war die Tatsache, daß die FDJ immer alle Studierenden - unabhängig von weltanschaulicher und politischer Orientierung - zu vertreten vorgab, sie jedoch gleichzeitig immer nur eine ganz bestimmte politische Linie vertrat: die der jeweiligen Partei- und Staatsführung. Derartiges sollte für die Zukunft ausgeschlossen werden. Desweiteren ging es darum, ein StudentInnenvertretungsmodell zu schaffen, das bei den Studierenden überwiegende Akzeptanz erfährt. Dies war der Hintergrund für Diskussionen in den StudentInnenRäten um die Bestimmung ihres Charakters als „unpolitisch“, „gewerkschaftlich“, „quasigewerkschaftlich“, „ausschließlich soziale Interessen vertretend“ und dergleichen. Interessanterweise waren zwar die Verbindungen zwischen den StudentInnenschaften

der verschiedenen Hochschulen in dieser Aufbruchphase eher lose, doch wurden überall sich ähnelnde Strukturmodelle für die StuRä entwickelt. Sie gingen alle einerseits von der Fachschaftsverankerung aus und versuchten andererseits einen Kompromiß zwischen repräsentativ- und basisdemokratischem Modell. Die Fachschaften wählen auf VV ihre SprecherInnen, die sie im StuRa der



Hochschule, mit imperativem Mandat ausgestattet, vertreten. Es finden also, anders als in den westdeutschen Bundesländern mit Verfaßter StudentInnenschaft, keine Listenwahlen statt (wofür, nebenbei gesagt, auch noch die Voraussetzungen fehlen würden: es gibt in den ostdeutschen Bundesländern keine in der Selbstverwaltung handlungsfähigen politischen StudentInnenorganisationen). Neben dieser SprecherInnenversammlung sind in der Struktur nebengeordnete Arbeitsgruppen (vergleichbar etwa mit autonomen Referaten) vorgesehen. Diese kann jede/r StudentIn bilden, um zu einem bestimmten Projekt oder Thema zu arbeiten und darüber Einfluß auf die StuRa-Tätigkeit zu nehmen. Daneben haben Urabstimmung als höchste Entscheidungsorgane der StudentInnenschaften einen großen Stellenwert.

Nach einem ersten Arbeitstreffen der StuRä im Februar 1990 kam es im März in Karl-Marx-Stadt (heute wieder Chemnitz) zur ersten großen nationalen StudentInnenRätekonferenz. Dort wurde die Konferenz der StuRä der DDR gegründet und ein Repu-

blikprecherrät gewählt. Über diese beiden Organe wurde dann in der Folgezeit intensiv versucht, die Reibungsverluste für die Studierenden im holprigen deutschen Vereinigungsprozeß zu minimieren. Der Druck der Situation und Ereignisse zwang die StuRä, trotz widrigster technischer und materieller Bedingungen in kürzester Zeit ein effektives Informations- und Vertretungssystem aufzubauen. Daß dies gelungen ist, ist eine der besseren Erinnerungen an die Zeit zwischen Volkskammerwahl und 3. Oktober.

Mit der absehbaren Länderbildung begannen dann die StudentInnenRäte, sich auch auf Länderebene in eigenen Konferenzen zu organisieren und Landessprecherräte zu wählen. Diese arbeiten mittlerweile überall. Die Konferenz der StuRä der DDR benannte sich im November 1990 in Konferenz der StudentInnenschaften (KdS) um und wählte im Januar 1991 einen Koordinierungsrat

(KoRa). Die Umbenennung war mit einer Diskussion über die Öffnung für die West-Asten verbunden. Diese Diskussion und Auseinandersetzung ist noch nicht abgeschlossen. Grundsätzlich streben auch die ostdeutschen Studierendenvertretungen die Gründung eines gesamtdeutschen studentischen Dachverbandes an. Unterschiedliche Meinungen gibt es allerdings dazu, ob die KdS die Keimzelle dieses Dachverbandes sein sollte oder sein kann. Im Hintergrund dabei stehen die z. T. vorhandenen Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen StudentInnenvertretungen in bezug auf Formen und Inhalte politischer Auseinandersetzungen. Diese wiederum ergeben

sich insbesondere aus unterschiedlichen Erfahrungshintergründen. Uns fehlt (noch) der Background einer über zwanzigjährigen hochschulpolitischen Diskussion und Auseinandersetzung. Den Asten fehlt die politische und sozialpsychische Erfahrung des 89er Herbstes und der sich daraus entwickelten (z. T. noch vorhandenen) politischen Kultur.

Gleichwohl gibt es zahlreiche Kontakte, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung zwischen ost- und westdeutschen StudentInnenvertretungen, etwa über die Freie Konferenz der StudentInnenschaften an Fachhochschulen (FKS), das in Bonn ansässige Büro der Asten und StuRä (BASD), das Bundes-Asten- und StuRä-Treffen (BAST), den Bundes-Asten-USTuRä-Ausschuß (BAUSA), den Bundesauschuß der StudentInnen und Studenten in der GEW (BASS) und viele sehr gute Verbindungen zu einzelnen Asten etwa in West-Berlin, Hannover, Frankfurt/M. und und und

Peer Pasternack